

PA: EVN Wasser auch im Bezirk Mistelbach verunreinigt?

Der Grundwasserskandal verursacht von der Firma Kwizda, könnte via dem Wasserversorger EVN Wasser auch Gemeinden im Bezirk Mistelbach (siehe Liste) betroffen haben.

Untersuchungen (Eiswürfelproben) dazu laufen, wer mit EVN Wasser versorgt wird kann sich an das Grüne Büro in Wolkersdorf um aktuelle Informationen wenden.

Nach Auswertung der Proben werden wir raschest informieren.

Informationen unter: info@gruene-weinviertel.at

STR Christian Schrefel

Sprecher der Grünen im Bez Mistelbach

Hauptstraße 17

A-2120 Wolkersdorf

Tel.Mobil 004369910107493

Tel/Fax. Nr. 00432245/83464

www.gruene-weinviertel.at

Das EVN Versorgungsgebiet im Bez Mistelbach laut EVN Website.

<http://www.evnwasser.at/Gemeinden/Referenzen.aspx>

Trinkwasser

Folgende Gemeinden unterschiedlicher Größe und Einwohnerzahl profitieren bereits von unserer Erfahrung

Gemeinden Bockfließ

Stadtgemeinde Gerasdorf

Gemeinde Hochleithen

Marktgemeinde Kreuttal

Marktgemeinde Kreuzstetten

Ortsteile von Wolkersdorf; Riedenthal, Münichsthal und Pföding

http://www.evnwasser.at/EVN_Wasser/Versorgungsgebiet.aspx

Presseaussendung BR Elisabeth Kerschbaum

Sachliche Information statt Propaganda

Wer überprüft die Prüfungsbehörde?

Bezirkshauptmannschaft: Freibrief wider besseren Wissens!

Die BH verfolgt weiterhin die Politik des „Runterspielens. Wider besseren Wissens „informiert“ sie die Bevölkerung mittels Presseaussendungen mit nicht nachgewiesenen Behauptungen Und stellt dem Grundwasser ohne Grundlage einen Freibrief aus:

- **„Nicht betroffen: öffentliche Wasserversorgung der Stadtgemeinde Korneuburg und EVN Wasser“:** Wie sich aufgrund der Untersuchungen herausgestellt hat, war die öffentliche Wasserversorgung der EVN sehr wohl betroffen. Der BH war bekannt, dass die Eiwürfeltests laufen, weil für einen Zeitraum von ca einem Jahr die Nicht-Betroffenheit des Trinkwassers eben nicht garantiert war.
- **„Humantoxikologisch besteht für den Menschen keine gesundheitliche Gefährdung, würde das Grundwasser als Trinkwasser verwendet“** – das diesbezügliche Gutachten der AGES ist aber lt. BH noch nicht „freigegeben“. Das veröffentlichte Zitat: „Bei keinem der Wirkstoffe und Metaboliten wurde jene Substanzmenge, die ein Konsument (Säugling als empfindlichste Konsumentengruppe) unter Berücksichtigung aller vorhandenen Kenntnisse täglich und lebenslang ohne erkennbares Risiko für die Gesundheit aufnehmen kann, mit >20% überschritten“ lässt jedenfalls den Schluss, dass keine gesundheitliche Gefährdung besteht, nicht zu!
- **„Auswirkungen auf Pflanzen: Beim Gießen können Schädigungen empfindlicher Pflanzen ... nicht ausgeschlossen werden. Für genaue Aussagen müssen Gießversuche abgewartet werden.“** Das Gutachten der AGES sagt aus „Auf Basis der vorliegenden Gewächshausstudie lässt sich ableiten, dass Clopyralid selbst in niedriger Aufwandmenge (Eintrag durch das Gießwasser bei gegebener Konzentration) bei empfindlichen Pflanzenarten Schädigungen hervorrufen kann.“ – das bestätigt die AGES auf Grundlage von Daten der Herstellerfirma auch schon ohne Gießversuche (die übrigens wieder mit künstlich angereichertes Wasser durchgeführt werden, was ebenfalls nicht gerade unser Vertrauen weckt).

Die Aufgabe der BH ist es, für den Schutz des Grundwassers zu sorgen – und nicht ständig mögliche Gefahren runterzuspielen, solange keine gesicherten Grundlagen dafür vorliegen! Die Bevölkerung hat ein Recht auf sachliche Information!

Landtag: ÖVP ignoriert das Versagen der Behörde

Am vergangenen Donnerstag war die Grundwasserverseuchung in Korneuburg auch Thema in der Sitzung des NÖ Landtages. Die ÖVP hat mit ihrer absoluten Mehrheit eine Blabla-Resolution an die Landesregierung durchgedrückt und die umfassenden Anträge von Grünen und FPÖ mit ihrer absoluten Mehrheit abgeschmettert. Die ÖVP will sich nicht mit den bisherigen Versäumnissen der Behörde und deren Auswirkungen auf den angerichteten Schaden befassen. Der Beschlusstext der ÖVP heißt: „Die Landesregierung wird ersucht, alle in ihrem Wirkungsbereich

erforderlichen Maßnahmen zu setzen, um die in der Antragbegründung beschriebenen Maßnahmen zur Sanierung des Grundwassers im Raum Korneuburg rasch und effizient umzusetzen.“ Heißt übersetzt: die Landesregierung wird ersucht, ihre Aufgabe wahrzunehmen“. Wenn sie dafür einen Beschluss des Landtages braucht, ist das ein Armutszeugnis!

Damit ist fix: Es wird auf allen Ebenen weiter gemauert! Die Landesregierung hat kein Interesse daran, dem bisherige Versagen der zuständigen Behörde auf den Grund zu gehen.